

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Armutsbericht 2016: anhaltend hohe Quoten

Ein Verharren der Armutsquote in Deutschland auf hohem Niveau beklagt der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem aktuellen Armutsbericht, der erstmals in erweiterter Form und unter Mitwirkung weiterer Verbände und Fachorganisationen erscheint. Während in neun Bundesländern die Armutsquoten 2014 gesunken seien, belegt der Bericht einen Anstieg der Armut in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Hauptrisikogruppen seien Alleinerziehende und Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner, deren Armutsquote rasant gestiegen sei und erstmals über dem Durchschnitt liege. Die Herausgeber sehen daher auch keinerlei Anlass zur Entwarnung und fordern von der Bundesregierung einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um dringend notwendige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen.

www.der-paritaetische.de

Staat subventionierte Niedrigeinkommen

Rund 1,3 Millionen Erwerbstätige in Deutschland stockten 2014 ihr Einkommen mit Hartz-IV-Leistungen auf. Den Staat kostete diese Subventionierung von Niedrigeinkommen insgesamt 10,85 Milliarden Euro – das ist der höchste Wert seit der Wirtschaftskrise. Mit der Einführung des Mindestlohns 2015 sollten die Ausgaben deutlich sinken.

www.o-ton-arbeitsmarkt.de

»Niedersächsische Teilhabe-Zeitung« erschienen

Die Spaltung zwischen Arm und Reich wächst; mittlerweile sei fast jeder sechste Niedersachsen von Armut bedroht, heißt es in der neuen Ausgabe der »Niedersächsischen Teilhabe-Zeitung«, von der Landesarmutskonferenz Niedersachsen sowie von einigen Privatpersonen her-

ausgegeben wird. Sie erscheint gedruckt in einer Auflage von 10.000 Stück und wird kostenlos verteilt in sozialen Brennpunkten, an Verbände, Parteien, in Stadtteilzentren, Jobcentern, an Betroffene und deren Initiativen. Eine Online-Ausgabe ist ebenfalls verfügbar. www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

Hartz IV Regelsatz: Mustervorlage für Widerspruch

Die Höhe der Regelbedarfe wird in einem Bundesgesetz neu ermittelt, wenn die Ergebnisse einer bundesweiten neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen. Die geltenden Regelsätze basieren noch auf Daten der Statistik von 2008. In 2013 wurde turnusgemäß eine neue Statistik erhoben. Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales liegen nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die Auswertungen der Ergebnisse, die die Grundlage für eine Neufestsetzung der Regelbedarfe darstellen, offenbar bereits seit mehreren Monaten vor, doch solle eine Anpassung der Regelsätze erst zum 1. Januar 2017 erfolgen. Sollte sich herausstellen, dass die verschleppte Umsetzung der Neufestsetzung der Regelsätze auf Kosten der Hartz-IV-Bezieher erfolgt, wäre ein rückwirkender Anspruch denkbar. Dieser greift jedoch nur dann, wenn Betroffene gegen aktuelle Hartz-IV-Bescheide Widerspruch einlegen. Der Paritätische hat deshalb einen Muster-Widerspruch formuliert, der aus dem Internet heruntergeladen werden kann.

www.der-paritaetische.de/startseite/muster-widerspruch

Datenreport über frühe Hilfen

Warum nehmen einige Familien Angebote der Frühen Hilfen an, andere jedoch nicht? Welche Familien profitieren besonders und wo besteht Handlungsbedarf? Antworten auf diese Fragen will der »Datenreport Frühe Hilfen 2015« liefern, der vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen

in Kooperation mit der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Technischen Universität Dortmund herausgegeben wurde. Der 76-seitige Datenreport steht im Internet zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. www.fruehehilfen.de

»Immer im Dienst«



Die Profis in den Diensten und Einrichtungen der Psychiatrie können irgendwann nach Hause gehen; die Angehörigen psychisch kranker Menschen aber sind immer im Dienst, wie ein Artikel im neuen Heft der Frankfurter Psychiatrie-Zeitschrift »Treffpunkte«. Zusammenschlüsse von betroffenen Angehörigen können dabei eine hilfreiche Stütze sein, denn Angehörige sind immer auch Mitbetroffene einer psychischen Erkrankung bei einem Familienmitglied, wobei das Profi-Etikett »schizophrenogene Eltern« für viele Angehörige eine ungeheure Belastung darstellt. Das Heft steht kostenlos im Internet zur Verfügung. www.bsf-frankfurt.de/zeitschrift_treffpunkte

AWO-Norm für Wohnen mit Assistenzleistungen

Die Arbeiterwohlfahrt hat ihr Normenwerk für das Wohnen mit Assistenzleistungen in der Behindertenhilfe und Psychiatrie aktualisiert. Die Empfehlungen wurden im Rahmen der turnusgemäßen Prüfung fachlich überprüft und redaktionell angepasst. In einer neuen Veröffentlichung sind alle vorgenommenen Änderungen farblich markiert. Da es in

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

**Islam**

Kritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der
Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung

Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und
Kooperation gestalten? Wie Teilhabe
sichern? Wie finanzieren? Was macht
gute Pflege aus?
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship

Gute Geschäfte: Die Renaissance unter-
nehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie
man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger,
älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und
für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen
für soziale Dienste und Einrichtungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten
für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogi-
sche und soziale Bestrebungen rechtsex-
tremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder
Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der
Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht
von 1989 angestoßen wurde – und was
immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbind-
en und Verwirklichungschancen mehrten
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern mitein-
ander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehun-
gen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut
und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haus-
halt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskon-
solidierung und ihren Aufgaben als
Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit
in Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so
viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und
des Engagements
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professio-
nen, Diensten und Nutzern
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit

Querschnittsaufgabe und spezialisiertes
Arbeitsfeld
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität

Eine über Wachstum und Wohlstand
hinausgehende gesellschaftliche Leitidee
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014

Dienste am Arbeitsmarkt

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014

Soziale Medien und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2014

Freiwilliges Engagement

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2014

Migration heute

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2014

Freie Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2014

Sterben, Tod, Trauer

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2015

40 Jahre Psychiatrie-Enquete

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2015

Soziale Investitionen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2015

Bildungswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2015

Wirkungen planen und dokumentieren

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2015

Teilhabe

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2015

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2016

Aus- und Weiterbildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2016

Jahresabonnement incl. Online 79,- €
(Privatbezieher); Studenten und arbeits-
lose Bezieher (jährliche Vorlage einer
Bescheinigung erforderlich) 41,- €;
Institutionen incl. Online 129,- €; Einzel-
heft 18,- €. Alle Preise verstehen sich
incl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

der Vergangenheit Fragen zum Anwendungsbereich gab, wurde die Norm mit der Anmerkung versehen, dass sie sowohl für ambulante als auch für teilstationäre und stationäre Dienstleistungsangebote gilt.
www.awo.org/qm-zertifizierung

Seminar für Helfende in der Flüchtlingsarbeit

Das neue Seminarangebot »Gemeinsam Lösungen finden« richtet sich an alle in der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege versicherten Organisationen, die mit Flüchtlingen arbeiten. Die Akteure für die Flüchtlingsarbeit können sich durch die Berufsgenossenschaft kostenlos Dozierende für eine eintägige Veranstaltung vermitteln lassen. Die Seminartermine können flexibel vereinbart werden. Nach Vermittlung sprechen die Organisationen alle Details mit den Dozierenden ab und laden ihre Ehren- und Hauptamtlichen ein.
www.bgw-online.de

Fachliche Leitlinien zum Kinder- und Jugendschutz

Neue Leitlinien für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz sind von der Fachberatung des Landesjugendamtes Rheinland, der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle Nordrhein-Westfalen sowie Fachkräften des Kinder- und Jugendschutzes aus den bergischen Jugendämtern erarbeitet worden. Es entstanden fachliche Leitlinien, um den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zu strukturieren und zu gestalten. Ziel ist es, den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz als Präventionsmaßnahme zu stärken. Die Broschüre ist kostenlos im Internet erhältlich.
www.lvr.de

Flüchtlingskinder in Tageseinrichtungen

Im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts ist eine Rechtsexpertise zum Thema Flüchtlingskinder und ihre Förderung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege erarbeitet worden. In dieser setzen sich die Verfasser auf knapp 80 Seiten mit den Rechtsgrundlagen auseinander, die einen Zugang zu Angeboten der Kindertagesbetreuung begründen. Auch wird thematisiert, welche weiteren Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlingskinder bei der Nutzung frühkindlicher Bildungs-

angebote bestehen. Zentrale Ergebnisse der Expertise werden in den Nationalen Bildungsbericht 2016 einfließen. Die Veröffentlichung kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.
www.dji.de

Jede fünfte Familie mit Alleinerziehenden

Im Jahr 2014 bestanden 20 Prozent der 8,1 Millionen in Deutschland lebenden Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind aus Familien von Alleinerziehenden. Wie das Statistische Bundesamt auf Grundlage des Mikrozensus mitteilt, ist dieser Anteil seit 1996 um sechs Prozentpunkte gestiegen. Damals hatte er 14 % betragen. Die Zahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern habe sich zwischen 1996 und 2014 von 1,3 Millionen auf gut 1,6 Millionen erhöht (+ 335 000). Dabei habe sich der Anteil der alleinerziehenden Mütter an allen Alleinerziehenden nur geringfügig verändert. 1996 hatte er bei 87 % gelegen. Im Jahr 2014 waren es 89 %.
www.destatis.de

App für straffällig gewordene Jugendliche

Die Smartphone-App »Geh Deinen Weg« informiert Jugendliche und ihre Familien darüber, was in verschiedenen Situationen eines strafrechtlichen Verfahrens zu beachten, zu tun und was unbedingt zu unterlassen ist. Ziel ist es, über die App Informationen und Tipps zugänglich zu machen, um das persönliche, finanzielle und soziale Desaster so gering wie möglich zu halten und Fehlschritte zu vermeiden. Neben der Smartphone-App (Web-App für Apple iOS, für Android kostenlos im Google Play Store erhältlich) liegt die App ebenfalls als CD in einer Desktop-Version für Windows vor. Sie dient als Unterrichts- und Schulungsmaterial für alle pädagogischen Fachkräfte in der sozialen Arbeit mit delinquenzgefährdeten oder straffällig gewordenen Jugendlichen und junge Erwachsene.
www.bb-ev.de

Kommune kann Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses ändern

Der Stadtrat kann Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses im Einzelfall erzwingen oder ändern, sofern das gesetzliche

Beschlussrecht des Ausschusses dadurch nicht substantiell ausgehöhlt wird. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in einem neuen Urteil entschieden. In dem Verfahren beehrte der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Dresden die Feststellung, dass er durch zwei Beschlüsse des Beklagten, des Rates der Landeshauptstadt Dresden, in seinen Rechten verletzt ist. Der Beklagte beschloss, den Kläger anzuweisen, die von diesem beabsichtigte Förderung eines Trägers der freien Jugendhilfe allenfalls unter dem Vorbehalt eines Widerrufs zu bewilligen. Der Widerrufsvorbehalt solle vorsehen, dass die Förderung widerrufen werde, falls der Träger der freien Jugendhilfe an strafrechtlich relevanten Aktivitäten im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt gewesen sei. Der Kläger folgte dieser Weisung nicht und beschloss die Förderung ohne den verlangten Widerrufsvorbehalt. Daraufhin beschloss der Beklagte, die Entscheidung des Klägers um diesen Vorbehalt zu ergänzen. Der Kläger meint, die Beschlüsse seien unter anderem deswegen rechtswidrig, weil sie in sein gesetzlich gewährtes Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe eingriffen. Klage und Berufung sind ohne Erfolg geblieben.

Az.: 5 C 12.15

Warum die Pflege politisch so schwach ist



Der Wissenschaftler Konstantin Kehl geht in einer neuen Buchveröffentlichung der Frage nach, weshalb es trotz Reformbedarfs und langjähriger Debatten bisher nicht gelungen ist, die Versorgungsstrukturen für pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen im Sinne einer sozialinvestiven Politik weiterzuentwickeln, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert und zivilgesellschaftliche Strukturen fördert. Der Autor fokussiert die Fähigkeiten von Koalitionen öffentlicher und privater Akteure zur Einflussnahme auf kollektiv bindende Entscheidungen in der Verhandlungsdemokratie und untersucht zwei mustergültige Reformen sozialinvestiver Pflegepolitik. Er

zeigt, weshalb ökonomisch und im Sinne der Lebensqualität von Menschen vielversprechende Konzepte bisweilen politisch nicht konsequent umgesetzt werden. Im Kern argumentiere der Autor, die an individuellen Rechtsansprüchen und Geldtransfers ausgerichtete Pflegepolitik habe keine Zukunft, wenn nicht flankierend damit begonnen werde, »überindividuelle« soziale Infrastrukturen besser zu fördern und Menschen in den Stand zu setzen, sich um Angehörige, Nachbarn und Personen im zivilgesellschaftlichen Kontext zu kümmern (Stichwort: Quartier). Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wären und seien dabei entscheidende Akteure.

Konstantin Kehl: Sozialinvestive Pflegepolitik in Deutschland. Familiäre und zivilgesellschaftliche Potenziale im Abseits wohlfahrtsstaatlichen Handelns. Springer Verlag, Heidelberg 2016. 49,99 Euro. ISBN 978-3-658-12080-1.

Neue medizinische Leitlinie Demenzen

Nur die Hälfte der Demenzerkrankten werden in der Versorgung als solche erkannt, noch weniger erhalten eine Behandlung nach den medizinischen Standards. Nach mehr als fünf Jahren Arbeit stellen Neurologen und Psychiater die vollständig überarbeitete »Leitlinie Demenzen« vor. 23 Fachgesellschaften, Berufsverbände und Organisationen von Medizinerinnen, Therapeuten, Pflegepersonal und Patienten haben sich auf Regeln für die Diagnostik und die Behandlung geeinigt. Das Recht des Patienten auf Nichtwissen bleibt bestehen: Die Frühdiagnostik kann nur nach vorheriger Aufklärung durch einen ausgewiesenen Experten, mit Einwilligung des Patienten und mit der entsprechenden Betreuung nach Diagnosestellung erfolgen. www.dgppn.de/publikationen/s3-leitlinie-demenzen.html

Fachtagung »Wohnen mit Ausblick« geplant

Der Paritätische Wohlfahrtsverband plant eine Fachtagung zum Thema Wohnungsnot bei psychisch kranken Menschen. Die Veranstaltung am 6. Oktober 2016 in Berlin soll die verschiedenen Facetten des Themas unter dem Titel: »Wohnen mit Ausblick! Aktuelle Nöte, politische Optionen, praktische Lösungen« vorstellen und nach praktischen Lösungen suchen. www.paritaet.org

Kennzahlen

»Krumm kann nicht gerade werden, noch, was fehlt, gezählt werden.«

Die Bibel, Der Prediger Salomo (Kohélet) 1, 15

132.770

Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Deutschland (Stichtag 31. Dezember 2014)

249.703

Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen in Deutschland (Stichtag 31. Dezember 2014)

26.461.500

Nettoausgaben in Euro für Sozialhilfe (SGB XII) in Deutschland im Jahre 2014

3

Prozentzahl der Menschen, die weltweit außerhalb ihres Geburtslandes leben

620.143

Zahl der eingetragenen Vereine in Deutschland (Stand Ende 2014)

30

Prozentanteil der Bevölkerung mit »Migrationshintergrund«, die ein Abitur besitzt (entsprechender Anteil bei Personen ohne Migrationshintergrund: 28,5 %)

694.538

Zahl der Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen zur Tagesbetreuung in Deutschland (Stand März 2015)